

**Mairede in Karlsruhe**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in diesen Tagen und Wochen gedenken wir in zahlreichen Veranstaltungen des Kriegsendes vor sechzig Jahren.

**Wir gedenken** der Millionen Menschen, die auf den Schlachtfeldern des Zweiten Weltkrieges umkamen.

**Wir gedenken** der Millionen Männer, Frauen und Kinder, die in ihren Wohnungen, auf der Straße oder in Luftschutzkellern im Bombenhagel starben.

**Wir gedenken** der sechs Millionen Juden, die in den Vernichtungslagern in Auschwitz und anderswo auf bestialische Art und Weise ermordet wurden.

**Wir gedenken** der Sinti und Roma, der Homosexuellen, der Behinderten und anderer Minderheiten, die von den Nazis brutal ermordet wurden.

Und **wir gedenken** der Hunderttausende politisch Verfolgter – Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, Männer und Frauen aus den Kirchen und anderer gesellschaftlicher Gruppen, die Widerstand geleistet haben und die von den Nazis verfolgt, gefoltert und von denen viele ermordet wurden.

Wir haben nicht vergessen, dass der Naziterror zuallererst der Arbeiterbewegung galt. Und wir haben nicht vergessen, dass die Naziverbrecher am 2. Mai 1933, nachdem der 1. Mai am Tag zuvor mit pompösen Aufmärschen zum „Tag der nationalen Arbeit“ hochgejubelt wurde, die Gewerkschaftshäuser gestürmt und mit der Zerschlagung der Gewerkschaften begonnen haben.

Ich habe vor einer Woche aus Anlass des Gewerkschaftstages der GEW in Erfurt das Konzentrationslager Buchenwald besucht und mir ist dabei erneut bewusst geworden, wie brutal und menschenverachtend die Nazis gegen ihre politischen Gegner vorgegangen sind.

Deshalb gilt auch sechzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges der Schwur, den die Gefangenen von Buchenwald am Tag ihrer Befreiung geleistet haben: „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!“

Heute - sechzig Jahre nach Kriegsende - sind Rechtsradikalismus, Neonazismus, Antisemitismus und Fremdenhass keineswegs verschwunden. Seit der Landtagswahl im September 2004 sitzen in Brandenburg die Abgeordneten der Deutschen Volksunion mit sechs Prozent der Stimmen im Landtag und in Sachsen die Neonazis der NPD mit neun Prozent der Stimmen.

Auch in Baden-Württemberg ist die rechtsextreme Gefahr noch lange nicht gebannt. Von 1992 bis 2001 saßen die rechtsradikalen so genannten Republikaner mit ihren Abgeordneten im Landtag von Baden-Württemberg.

Deshalb gilt: Geben wir den Rechtsradikalen bei den Landtagswahlen am 26. März 2006 in Baden-Württemberg keine Chance und schicken sie dorthin, wo sie hingehören, nämlich in die politische Bedeutungslosigkeit.

In Schwäbisch Hall hatten Neonazis die Absicht, heute – am Tag der Arbeit – einen Aufmarsch zu inszenieren. Dies konnte mit vereinten Kräften verhindert werden und deshalb ist es gut, dass die zentrale Kundgebung des DGB Baden-Württemberg heute in Schwäbisch Hall stattfindet und ein Zeichen gegen Rechtsradikalismus, Neonazismus und Fremdenhass setzt.

Sechzig Jahre nach Kriegsende muss aber auch daran erinnert werden, wer das von den Nazis ruinierte Deutschland wieder aufgebaut hat – nicht nur Unternehmer, sondern genauso die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit ihrem Fleiß, ihrer Kompetenz und ihrem Leistungswillen.

Dieses Land und seine Wirtschaft sind weder das Privateigentum der Arbeitgeber noch der politischen Parteien und deshalb haben die vereinigten Arbeitgeberverbände unter Führung der Herren Hundt, Rogowski, Henkel, Thumann, Braun oder wie sie alle heißen nicht das alleinige Recht zu bestimmen, was in dieser Republik richtig oder falsch ist.

Ich habe es langsam satt mir jeden Tag anhören oder lesen zu müssen, dass Deutschland und seine Wirtschaft am Abgrund stehen, weil die Lohn- und Lohnnebenkosten zu hoch, die sozialen Sicherungssysteme nicht mehr finanzierbar sind und die deutsche Wirtschaft nicht mehr konkurrenzfähig ist.

Ich habe es auch satt, in den Talkshows des Fernsehens mit ansehen zu müssen, wie die Funktionäre der Arbeitgeberverbände die Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer diskreditieren, Gewerkschaften beschimpfen und damit den Eindruck erwecken, als seien diese allein für die Probleme und Schwierigkeiten verantwortlich.

Das Schlimme daran ist, dass dadurch die Menschen in Deutschland zu tiefst verunsichert werden und das Vertrauen in Politik und Unternehmen verlieren.

Am schlimmsten aber ist, dass von den Arbeitgebern – unterstützt von vielen Medien und den Claqueuren von CDU/CSU und FDP – eine völlig negative Stimmung erzeugt wird, die den Menschen jede Zuversicht und Zukunftsperspektive nimmt.

Meine Heimatzeitung – die Heilbronner Stimme – hat gestern auf einer ganzen Seite über die neueste Internet-Befragung zur Stimmungslage in Deutschland berichtet. Die Ergebnisse sind bedrückend: 60% haben Angst, dass sich ihre Lage verschlechtert, 58% fürchten, dass sie im Alter nicht mehr genug zum Leben und für ihre Gesundheit haben, 42% haben die Sorge, dass sie ihren Arbeitsplatz verlieren.

Insgesamt glauben nur noch 28%, dass sie in 5 – 10 Jahren in Deutschland gut werden leben können.

In derselben Ausgabe der Zeitung wird Arbeitgeberpräsident Hundt mit dem Satz zitiert: „Ich finde es zum Kotzen, was derzeit in dieser Republik abläuft.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das finde ich auch – obwohl ich mich normalerweise bei meinen öffentlichen Äußerungen etwas gepflegter ausdrücke.

Leider hat sich auch Bundespräsident Köhler in den letzten Wochen nicht eben mit Ruhm bekleckert. Seine Rede beim Arbeitgeberforum „Wirtschaft und Gesellschaft“ am 15.3. in Berlin ist an Einseitigkeit kaum mehr zu überbieten. Ich zitiere: „Deutschland ist sich selber untreu geworden. Wir vernachlässigen schon lange das Erfolgsrezept, das der Bundesrepublik Deutschland nach dem Krieg Zuversicht und Wohlstand, Stabilität und Ansehen gebracht hat. Es gab Zeiten, da sprach noch niemand von Globalisierung, aber der VW-Käfer lief in aller Welt – und lief und lief und lief. Damals galt in der Bundesrepublik eine Ordnung, die Leistung ermutigte und sozialen Fortschritt brachte.

Diese Ordnung ist im Niedergang, weil immer mehr Eingriffe sie schleichend zersetzt haben, selbst wenn sie gut gemeint waren. Seit Jahrzehnten fallen Bundes- und Landesregierungen und nicht zuletzt Brüssel immer neue Auflagen und Regulierungen für die Wirtschaft ein. Wirtschafts- und Sozialverbände haben das ihre dazu getan, die Tarifpartner schlossen Verträge zu Lasten von Dritten und die Bürger ließen sich gern immer neue Wohltaten versprechen und Geschenke machen. Deshalb ist die Arbeitslosigkeit über Jahrzehnte immer weiter gestiegen. Deshalb machen hohe Abgaben Arbeit teuer und können doch nicht verhindern, dass unseren Sozialsystemen der Kollaps droht.....“

Ich frage den Bundespräsidenten:

Ist es eine Wohltat, wenn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ihr Leben lang hart gearbeitet haben, eine gesicherte Rente erhalten?

Ist es eine Wohltat, wenn die Menschen in unserem Land einen menschenwürdigen Arbeitsplatz mit anständiger Bezahlung wollen, in dem sie ohne Angst vor Kündigung arbeiten können?

Ist es ein überflüssiges Geschenk, wenn es in unserem Land staatliche Bildungseinrichtungen gibt, in denen nicht Wettbewerb und Leistungsdruck, sondern Chancengleichheit und individuelle Förderung die wichtigsten Grundsätze sind?

Ist es eine Wohltat, wenn wir verlangen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von dem Geld, das sie in ihrem Betrieb verdienen, auch anständig leben können?

Durch derartige Reden und Äußerungen soll doch vor allem der Eindruck erweckt werden, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland seien nur lästige Kostenfaktoren, die unverschämte Forderungen stellen und nichts anderes im Sinn haben, als ihre Betriebe zu ruinieren und Arbeitsplätze zu vernichten.

Das Gegenteil aber ist der Fall: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben ein existenzielles Interesse daran, dass es den Unternehmen, in denen sie arbeiten, gut geht und dass die Produkte und Dienstleistungen die sie herstellen bzw. anbieten auf dem Markt gewinnbringend verkauft werden können. Sie sind leistungsbereit, engagieren sich an ihrem Arbeitsplatz und liefern gute Arbeit ab.

Und deshalb haben sie auch Anspruch auf faire Behandlung, vernünftige Arbeitsbedingungen und eine anständige Bezahlung.

Das Motto des diesjährigen 1. Mai ist deshalb goldrichtig:

**Du bist mehr  
Mehr als eine Nummer  
Mehr als ein Kostenfaktor  
Du hast Würde  
Zeig sie!**

Dies gilt für alle Beschäftigten – auch für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Im Februar haben die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes mit der Bundesregierung und den kommunalen Arbeitgeberverbänden einen neuen Tarifvertrag öffentlicher Dienst ausgehandelt, der von der Öffentlichkeit allseits als Schritt in die richtige Richtung gelobt wurde. Die 16 Bundesländer waren bekanntlich nicht beteiligt, weil

sie den gemeinsamen Arbeitgeberverband des öffentlichen Dienstes verlassen haben.

Jetzt weigern sie sich, diesen Tarifvertrag für die Beschäftigten der Länder zu übernehmen. Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) will weitere Verschlechterungen durchsetzen: bei der Arbeitszeit, beim Weihnachts- und Urlaubsgeld und bei der Gehaltsentwicklung sowieso.

In der Nacht von Sonntag auf Montag sind die Verhandlungen gescheitert – und zwar nicht an der Kompromissbereitschaft der Gewerkschaften, sondern an der sturen Haltung der Herren Koch, Wulff und Stoiber.

Ich appelliere deshalb an den neuen Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Günther Oettinger, dafür zu sorgen, dass die Arbeitgeber wieder an den Verhandlungstisch zurückkehren und zu einem vernünftigen Abschluss bereit sind. Es kann doch wohl nicht sein, dass der Beschäftigte bei gleicher Arbeit bei der Stadt Karlsruhe mehr verdient als eine Beschäftigte beim Land Baden-Württemberg.

Ich appelliere aber auch an euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Protestaktionen und Warnstreiks im öffentlichen Dienst solidarisch zu unterstützen. Die gilt selbstverständlich für alle anderen Tarifauseinandersetzungen auch – ob im Kfz-Handwerk und in der Druckindustrie – oder bei betrieblichen Auseinandersetzungen, wenn es um den Erhalt und die Sicherung von Arbeitsplätzen geht. Nur wenn wir uns gemeinsam und geschlossen zur Wehr setzen, können wir erfolgreich sein.

**Die Arbeitgeber behaupten, die deutsche Wirtschaft sei international nicht mehr konkurrenzfähig.**

Diese Behauptung ist – zumindest in der pauschalen Form – falsch.

Richtig ist, dass der Exportüberschuss im deutschen Außenhandel in den letzten fünf Jahren, also vom Jahr 2000 bis zum Jahr 2004, von 59 Milliarden Euro auf 158 Milliarden Euro gestiegen ist.

Das ist eine Steigerung um mehr als das Zweieinhalbfache. Ich weiß sehr wohl, dass dies nicht für alle Branchen und für alle Betriebe gilt. Trotzdem darf niemand pauschal den Eindruck erwecken, als seien deutsche

Produkte im Ausland nicht mehr verkäuflich. Dies ist entweder eine bewusste Irreführung der Öffentlichkeit oder der Versuch, gegen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Stimmung zu machen.

### **Die Arbeitgeber behaupten weiter, die Lohn- und Lohnnebenkosten seien zu hoch.**

Auch diese Behauptung ist – zumindest in der pauschalen Form – falsch. Tatsache ist, dass in den Jahren 2002 bis 2004 die Löhne und Gehälter kaum, die Gewinne der Unternehmen dagegen beträchtlich gestiegen sind.

Ich zitiere aus einer Veröffentlichung des statistischen Bundesamtes: „Für die Arbeitnehmerschaft war 2004 ein bescheidenes Jahr. Die Arbeitnehmerentgelte, also der Teil des Volkseinkommens der als Lohn oder Gehalt und Sozialversicherungsbeiträge den Arbeitnehmern zugerechnet wird, haben sich im vergangenen Jahr nicht erhöht und verharrten bei rund 1,13 Milliarden Euro. Ganz anders die Unternehmensgewinne und Vermögenseinkommen – der andere Teil des Volkseinkommens: sie machten einen Sprung um fast elf Prozent auf 484 Milliarden Euro. Bereits in den Jahren 2002 und 2003 hatten sie ein höheres Wachstumstempo als die Arbeitnehmerentgelte vorgelegt. Damit sank die Lohnquote, also der Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen seit 2001 von 72,9 auf 70,1 Prozent.“

Ich könnte den Spieß auch herumdrehen und sagen: Die deutsche Wirtschaft leidet darunter, dass es nur noch um die Steigerung der Gewinne und der Vermögenseinkommen – das sind zum Beispiel Zinsen und Dividenden – und schon längst nicht mehr um einen gerechten Anteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Produktivitätsfortschritt eines Unternehmens geht. Fakt ist: Vor zehn Jahren produzierte die deutsche Industrie mit sieben Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Waren im Wert von 1 Billion Euro. 2004 produzierten 6 Millionen Beschäftigte waren im Wert von 1,4 Billionen Euro.

Anders ausgedrückt: 15% Arbeitnehmer weniger produzierten 40% mehr. Da ist es doch nicht zuviel verlangt, wenn die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wenigstens ein bisschen was von diesem Zuwachs haben wollen.

In einem haben die Arbeitgeber allerdings recht: Die Gehälter der Manager sind zu hoch. Da gibt es zum Beispiel in Karlsruhe die Energieversorgung Baden-Württemberg, dessen Vorstandsvorsitzender ein Jahresgehalt von 4,2 Millionen Euro bezieht. Das ist ein Betrag, den sich normale Menschen, wenn sie nicht mal zufällig den Jackpot im Lotto geknackt haben, überhaupt nicht vorstellen können. Und deshalb will ich es umrechnen. 4,2 Millionen im Jahr sind etwa so viel wie 85 gut bezahlte Facharbeiterinnen und Facharbeiter verdienen.

Dass gegen den sauberen Herrn Claassen auch ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren wegen Bilanzfälschung läuft, sei hier nur am Rande erwähnt.

Oder nehmen wir den allseits geschätzten Josef Ackermann, den Chef der Deutschen Bank. Er hat 2004 immerhin 10,1 Millionen Euro verdient; im Jahr 2003 waren es 11,1 Millionen Euro.

Umgerechnet heißt dies: Der Josef Ackermann kostet die Deutsche Bank etwa so viel wie 200 Arbeitsplätze von Normalverdienerinnen und Normalverdienern.

Wer diese Einkommensverhältnisse als normal oder gerecht bezeichnet, hat jeden Blick für Gerechtigkeit verloren.

Diese Beispiele ließen sich beliebig fortsetzen. Deshalb sage ich: Die Abzocker der Nation stehen nicht vor den Arbeitsagenturen Schlange; die Abzocker der Nation sitzen in den Chefetagen der deutschen Konzerne.

Ich will mich aber auch etwas ernsthafter mit dem Problem der Lohn- und Lohnnebenkosten auseinandersetzen.

Natürlich ist Deutschland ein Hochlohnland – das ist schon lange so. Genau darauf aber beruhen wirtschaftliche Stärke und soziale Stabilität unseres Landes. Es macht doch keinen Sinn, wenn die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Waren und Dienstleistungen, die sie herstellen, überhaupt nicht mehr kaufen können.

Deshalb betone ich noch einmal: Unser Problem ist nicht die internationale Konkurrenzfähigkeit, sondern unser Problem ist die fehlende Binnennachfrage. Der Umsatz im deutschen Einzelhandel stagniert seit vielen Jahren – nicht deshalb, weil die Leute keine Lust mehr zum Konsumieren haben, sondern weil die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weniger Geld in der Tasche haben und durch die fortgesetzte Angstpropaganda das Vertrauen in die Zukunft verloren haben.

Ich frage deshalb: Welches Leitbild von Wirtschaft und Gesellschaft haben die Oberglobalisierer und Obermodernisierer eigentlich in ihren Köpfen? Wovon träumen diese Leute eigentlich? – Von einem Niedriglohnland Deutschland, in dem es ihnen glänzend geht, in dem sich der Rest der Welt aber gerade mal so über Wasser halten kann?

Wollen diese Herren im Ernst, dass die Löhne in Deutschland so weit gesenkt werden, dass wir mit Portugal, Polen, Tschechien konkurrenzfähig sind?

Wollen sie, dass Kolonnen von Arbeitskräften nach Deutschland gebracht werden, damit sie hier zu Dumping-Löhnen auf den Baustellen, in den Schlachthöfen, beim Spargelstechen – um nur drei Beispiele zu nennen – arbeiten können?

Wissen die Wortführer in dieser Diskussion eigentlich, wie viel eine Krankenschwester, ein Busfahrer, eine Sekretärin, ein Heizungsbauer oder eine Erzieherin hierzulande verdienen? Wissen sie, dass normal verdienende Menschen sich sehr genau überlegen müssen, wie sie ihr Geld einteilen, damit sie einigermaßen über die Runden kommen?

Ich habe den Verdacht, dass diese Leute den Bezug zur Lebenswirklichkeit der einfachen Menschen in unserem Land längst verloren haben.

Dazu gehört im Übrigen auch die baden-württembergische Kultusministerin Schavan, die vor wenigen Tagen forderte, die Studienförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz – abgekürzt Bafög – abzuschaffen.

Ich finde dies reichlich unverschämt, zumal auch Frau Schavan offensichtlich vergessen hat oder überhaupt nicht weiß, wie normale Men-

schen heutzutage leben und wie sie mit ihrem Einkommen rechnen müssen – ganz abgesehen davon, dass sie noch nie in ihrem Leben für eine Familie sorgen musste.

Wir wollen, dass alle Menschen im Wohlstand leben können und dass auch die Schwächeren eine Chance haben. Unsere Leitbilder sind – auch im Jahre 2005 – Chancengleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Deshalb ist es gut, dass jetzt das Entsendegesetz, das bisher nur für die Bauwirtschaft galt, auf andere Branchen ausgedehnt und über gesetzliche Mindestlöhne diskutiert wird.

Besser allerdings wäre es, wenn die Bundesregierung die gültigen Tarifverträge für allgemein verbindlich erklären würde. Tarifverträge haben die Aufgabe, so steht es zumindest in den Schulbüchern, Mindestbedingungen festzulegen und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Arbeitgeber-Willkür zu schützen und Lohndumping zu verhindern. Aus Sicht der Gewerkschaften gibt es keinerlei Grund, diesen Grundsatz der Tarifautonomie zu verlassen.

Im Übrigen: Gewerkschaften und Betriebsräte beweisen tagtäglich, dass sie zu flexiblen und auf die Bedürfnisse des einzelnen Betriebs zugeschnittenen Lösungen bereit sind. Die Behauptung, das Tarifvertragssystem sei zu unflexibel und deshalb überholt, ist falsch und gehört in die Schublade „Propaganda gegen die Gewerkschaften“.

### **Die Arbeitgeber behaupten drittens, die Steuern in Deutschland seien zu hoch.**

Auch diese Behauptung ist alles andere als richtig. Um das Problem deutlich zu machen zitiere ich eine längere Passage aus dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ vom Dezember 2004. Der Spiegel steht bekanntlich nicht in dem Verdacht, ein Kampfblatt der Gewerkschaften zu sein.

„Grundsätzlich findet Michael Rogowski ja, dass die Deutschen zu viel jammern. Jammern ist schlecht fürs Geschäft und damit für die Unternehmen, die Rogowski als ehemaliger Chef des Bundesverbandes der deutschen Industrie vertritt. Also empfiehlt er den Leuten, sich gefälligst zusammenzureißen und härter zu arbeiten.“

Rogowski ist so gesehen ein Leuchtfeuer zupackenden Unternehmergeistes. Nur bei einem Thema zieht sich meist ein Leidenszug über sein Gesicht. Wenn das Gespräch auf die Unternehmenssteuern in Deutschland kommt, dann verwandelt sich der BDI-Chef selbst in ein Bild des Elends.

Von einer Hetzjagd auf die Unternehmen ist dann die Rede und davon, dass die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands in Gefahr sei. Und alle in seinem Verband jammern in solchen Momenten düster mit. Die steuerliche Belastung zwingt sein Unternehmen eingehend zu prüfen, ob man nicht Teile des Geschäfts in Länder mit einer niedrigeren Steuerquote verlagern müsse, sagt Josef Ackermann, Chef der Deutschen Bank.

Ein Blick auf die Steuertabelle gibt den Wirtschaftsvertretern zunächst durchaus Recht. Die Unternehmenssteuer für Kapitalgesellschaften liegt in Deutschland bei knapp vierzig Prozent und damit so hoch wie in keinem anderen europäischen Land. Man sollte nur nicht so genau nachrechnen.

Denn tatsächlich haben die Vorstände deutscher Großunternehmen zurzeit allen Grund zum Strahlen. Die Profitlage ist ausgezeichnet. Die Gewinne der im deutschen Aktienindex DAX zusammengefassten Konzerne sprudeln wie schon lange nicht mehr und sie sollen noch weiter steigen.

Die Deutsche Bank zum Beispiel möchte schon nächstes Jahr auf jeden eingesetzten Euro 25 Cent verdienen – so viel hat das gebeutelte Institut seit Jahrzehnten nicht mehr erreicht. DaimlerChrysler wird seinen Gewinn in diesem Jahr voraussichtlich verdreifachen. Der Stahlriese ThyssenKrupp hat knapp doppelt soviel verdient wie noch vor einem Jahr und der Versicherungskonzern Münchner Rück erzielte das beste Ergebnis seiner Unternehmensgeschichte.

Insgesamt, so schätzen Experten, werden die DAX-Unternehmen im kommenden Jahr fast genau soviel ausschütten wie im Rekordjahr 2000 – 15,2 Milliarden Euro. Wer sich aber die Mühe macht die Bilanzen genauer zu betrachten, entdeckt schnell eine weitere Besonderheit: Viele

deutsche Großunternehmen zahlen immer weniger Steuern. Ein Trend, der schon seit Jahrzehnten anhält.

Der Anteil der Körperschaftsteuer am gesamten Steuerkuchen ist seit den sechziger Jahren stetig gesunken – bis auf Null im Jahre 2001. Im Folgejahr hatte die Deutsche Telekom einen Rekordverlust von 27 Milliarden Euro verbucht. Heute aber verdient sie wieder gut. 4,7 Milliarden waren es in den ersten neun Monaten 2004, womit der Konzern wieder zu einer ordentlichen Dividendenzahlung in der Lage ist. Bei den Steuern ist das Unternehmen deutlich zurückhaltender: In den vergangenen beiden Jahren hat der Bonner Ex-Monopolist laut seiner Geschäftsberichte kaum Steuern bezahlt.

Bei Daimler Chrysler und der Deutschen Post betragen die bezahlten Steuern – bezogen auf das Konzernergebnis zwischen 1997 und 2003 – durchschnittlich neun Prozent. Bei BASF waren es zwölf, bei Siemens vierzehn Prozent.“ Soweit der Spiegel, der, ich wiederhole es, nicht im Verdacht steht, von den Gewerkschaften gesteuert zu werden.

Unser Problem besteht also darin, dass wir zwar auf der einen Seite nominal relativ hohe Steuersätze haben, dass aber kein Unternehmen – insbesondere die Großunternehmen – auch entsprechend Steuern bezahlen sondern durch zahlreiche Abschreibungsmöglichkeiten, Kapitalverschiebungen ins Ausland und sonstige Tricksereien die Möglichkeit haben, sich vor dem Steuerzahlen zu drücken.

Deshalb gilt auch hier das gleiche wie bei den angeblich zu hohen Löhnen. Die Unternehmen benutzen die allgemeine Globalisierungsangst und erpressen nicht nur ganze Belegschaften, sondern auch die Regierung.

Dieses Verhalten zeigt, dass die deutschen Unternehmen und ihre Sprecher offensichtlich jede soziale Verantwortung und jede Moral verloren haben. Ihnen geht es um ihren Gewinn und um nichts anderes und die Börse reagiert entsprechend. Die Aktien eines Unternehmens steigen nicht etwa dann, wenn das Unternehmen ordentliche Gewinne macht, sondern wenn das Unternehmen ankündigt weiter zu rationalisieren, Arbeitsplätze zu vernichten oder die Produktion ins Ausland zu verlagern.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, dies ist unerträglich und dagegen müssen wir uns zur Wehr setzen.

Aber auch in diesem Punkt empfehle ich eine differenzierte Betrachtung: Was ich gerade zu den Steuern gesagt habe, gilt vor allem für die großen Kapitalgesellschaften. Etwas anders sieht es bei den Klein- und Mittelbetrieben aus, die oft nicht die Möglichkeit haben zu tricksen und alle Steuerschlupflöcher auszunutzen.

Deshalb bin ich sehr wohl für eine Reform der Unternehmensbesteuerung, wenn dabei sichergestellt ist,

**dass** das Steuersystem transparenter wird,

**dass** Grossunternehmen nicht geschont und Klein- und Mittelbetriebe überdurchschnittlich zur Kasse gebeten werden,

**dass** die gesetzlich festgelegten Steuersätze auch tatsächlich bezahlt und

**dass** möglichst alle Steuer-Schlupflöcher geschlossen werden.

Klar muss aber sein, dass diejenigen, die viel verdienen und große Gewinne machen, auch stärker zur Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben herangezogen werden, als dies bisher der Fall war.

Der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering hat in den letzten Tagen zu Recht eine Debatte angezettelt und deutlich gemacht, dass diese Republik kein Privateigentum der Unternehmen ist und dass wir es nicht zulassen dürfen, dass sich ein ungezügelter Kapitalismus breit macht.

Es kann doch wohl nicht sein, dass in den Jahren, seit wir in Deutschland eine SPD-geführte Regierung haben, die Zahl der Armen in unserem Land weiter wächst und die Reichen immer reicher werden. Der vor wenigen Wochen veröffentlichte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung bestätigt: Die Zahl der Armen ist von 12,1% im Jahr 1998 auf 13,5% im Jahr 2003 gestiegen. 1,2 Millionen Kinder unter 16 Jahren – das sind 15% - fallen unter die Armutsdefinition. Das ist eine Schande für ein so reiches Land wie Deutschland

Es war höchste Zeit, dass in der SPD auch die Kräfte wieder an Gewicht gewinnen, die dieses Übel öffentlich benennen und dagegen vorgehen.

Deshalb stellt sich die Frage, was eine Regierung in einer globalisierten Welt, in der der Kapitalismus in Reinkultur wieder auferstanden ist, überhaupt politisch bewirken kann. Ich befürchte, dass auch die Handlungsspielräume der Regierungen kleiner geworden sind.

Ich habe bereits darauf hingewiesen, dass auch die Regierungen von den Unternehmen und ihren Verbandsfunktionären erpresst werden:

- Wenn ihr eine Ausbildungsplatzabgabe einführt, bilden wir überhaupt nicht mehr aus!
- Wenn ihr die Unternehmenssteuern nicht senkt, verlagern wir unsere Produktion nach Tschechien oder weiß Gott wohin!
- Wenn ihr die Umweltauflagen verschärft, gehen wir dorthin, wo die Gesetze nicht so streng sind
- Wenn ihr den Kündigungsschutz nicht lockert, stellen wir niemanden mehr ein und
- Wenn ihr die Mitbestimmung nicht abschafft, zerstückeln wir unsere Unternehmen so, dass sie nicht mehr greift!

Die Beispiele ließen sich beliebig fortsetzen. Ist das etwas anderes als Erpressung?

Deshalb will ich die Politik der rot/grünen Bundesregierung auch differenziert zu betrachten versuchen, denn sie ist in einer nicht gerade beneidenswerten Lage.

Trotzdem gilt: Von einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung erwarten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu Recht,

- Dass sich die politischen Entscheidungen nicht einseitig gegen die kleinen Leute richtet,

- Dass die soziale Gerechtigkeit nicht auf der Strecke bleibt,
- Dass die Arbeitslosigkeit bekämpft wird und nicht die Arbeitslosen und
- Dass klare Ziele formuliert, die Gesetze gut vorbereitet und handwerklich sauber umgesetzt werden

Gerade bei den Gesetzen zur Reform des Arbeitsmarktes – Hartz I bis Hartz IV – gibt es erhebliche Zweifel an der Einhaltung dieser Grundsätze. Völlig unabhängig davon, ob dieser Weg richtig ist und mehr Arbeitsplätze schafft – auf eine verheerende Folge will ich hinweisen: Die Einführung der so genannten 1-Euro-Jobs führt dazu – und das beobachten wir bereits in vielen Bereichen –, dass immer mehr Normalarbeitsverhältnisse durch 1-Euro-Jobs verdrängt werden. Dies lehnen wir kategorisch ab. Wir wollen, dass Arbeitsplätze geschaffen werden, von denen die Menschen auch leben können.

Unser größtes Problem in Deutschland ist die hohe Arbeitslosigkeit:

**Fünf Millionen Arbeitslose sind fünf Millionen Arbeitslose zu viel.**

**Fünf Millionen Arbeitslose** – das ist nicht nur eine statistische Größe.

**Fünf Millionen Arbeitslose** – das sind nicht Fünf Millionen Faulenzer, sondern Fünf Millionen Einzelschicksale.

Arbeitslosigkeit bedeutet Verlust von Einkommen, sozialer Sicherheit, Verringerung von Lebenschancen, Perspektivlosigkeit und Zukunftsangst.

**Wer arbeitslos ist**, verliert Stück für Stück sein Selbstwertgefühl.

**Wer arbeitslos ist**, fühlt sich nutzlos und überflüssig.

**Wer arbeitslos ist**, verliert den Glauben an sich und seine Zukunft.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist deshalb nach wie vor das Thema Nr. 1 in Deutschland.

Denn: Arbeitslosigkeit wirkt sich auf viele andere Bereiche aus – auf die sozialen Sicherungssysteme, auf das Konsumklima und natürlich auch auf die öffentlichen Haushalte.

Und deshalb will ich abschließend noch ein paar Bemerkungen zu dem Politikbereich machen, von dem ich als Vorsitzender der GEW am meisten verstehe, nämlich zum Bildungsbereich.

Niemand wird bestreiten, dass Deutschland ein reiches Land ist. Trotzdem geben wir für Bildung weit weniger Geld aus als vergleichbare Länder. Das kann man in jeder Statistik der OECD nachlesen.

Spätestens seit PISA wissen wir, dass in keinem anderen Staat der Welt die soziale Herkunft eines Kindes so sehr über dessen Schulerfolg bestimmt wie in Deutschland.

Nirgendwo hat die frühkindliche Bildung – also Bildung vor dem sechsten Lebensjahr – einen so geringen Stellenwert wie in Deutschland. Und nirgendwo werden Erzieherinnen so unzulänglich ausgebildet und so schlecht bezahlt wie bei uns.

In fast keinem vergleichbaren Land der Welt werden Kinder so früh und so konsequent nach vier Jahren Grundschule sortiert und auf verschiedene Schularten verteilt. Trotzdem schneiden deutsche Schülerinnen und Schüler bei PISA schlechter ab als Kinder aus Staaten mit integrativen Schulsystemen. Das ist auch eine schallende Ohrfeige für das gegliederte Schulsystem.

Wir organisieren Schule in Deutschland noch so, wie es heute fast niemand mehr macht: in der Halbtagschule, sechs Unterrichtsstunden am Vormittag – möglichst sechs verschiedene Fächer und sechs verschiedene Lehrerinnen bzw. Lehrer. Anstatt dass wir endlich eine große Schulreform in Angriff nehmen und flächendeckend Ganztageschulen einrichten, in denen nach einem sinnvollen pädagogischen Konzept gearbeitet wird, gibt es in Baden-Württemberg einen unsäglichen Streit um den Ausbau von Ganztagesangeboten.

Und der sieht folgendermaßen aus: Jahrzehntlang hat die CDU-geführte Landesregierung Ganztageschulen verhindert – mit ausschließlich ideologischen Argumenten.

Als die Bundesregierung im Jahr 2002 das 4-Milliarden-Euro Programm zum Ausbau der Ganztagesangebote auf den Weg gebracht hat, wofür ich die Bundesregierung ausdrücklich loben will, passierte Folgendes: Die baden-württembergische Kultusministerin Schavan, die sich sonst als Speerspitze des Fortschritts feiern lässt, saß ganz hinten im Bremserhäuschen und hat blockiert (Bund nicht zuständig – Bildung ist Ländersache usw.). Erst als es nicht mehr anders ging, stimmte sie der Umsetzung widerwillig zu.

Nun stellt sich heraus, dass die IZBB-Mittel – so heißt das Programm – nach dem Windhundprinzip sehr ungleich übers Land verteilt werden sollen. Hinzu kommt, dass die Schulverwaltung von Frau Schavan nicht in der Lage war, für eine gerechte Verteilung der Mittel zu sorgen. Die württembergischen Oberschulämter – insbesondere das in Südwürttemberg – haben offensichtlich einen großzügigeren Maßstab bei der Bewilligung der Anträge angelegt als die Oberschulämter in Baden. Ich habe mir sagen lassen, dass es auch hier mehr Anträge als Bewilligungen gibt und sogar mehr Schulen leer ausgehen als anderswo und deshalb die Unzufriedenheit und der Ärger sehr groß sind.

Deshalb die klare Ansage an die Adresse von Herrn Oettinger: Fakt ist, dass der Bedarf an Ganztageschulen größer ist als die Landesregierung bisher zugestanden hat. Deshalb erwarten die Bürgerinnen und Bürger vom neuen MP, dass er erstens seine Kultusministerin in den Senkel stellt und für eine gerechte Verteilung der Mittel sorgt, dass er aber dafür sorgt, dass alle Anträge genehmigt werden und das Land dafür zusätzliches Geld locker macht und dass er ein pädagogisch fundiertes Konzept und dessen Finanzierung auf den Tisch legt. Ganztageschulen sind nämlich mehr als morgens Unterricht wie gehabt, anschließend Suppenküche und nachmittags ein bisschen Betreuung durch ehrenamtlich tätige Rentner und Vereine.

**Für die Bildung insgesamt gilt:** Wenn die Aussage richtig ist, dass Bildung über unsere Zukunft entscheidet, dann heißt das doch auch, dass dafür die notwendigen finanziellen Mittel bereitgestellt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Kolleginnen und Kollegen weisen in dem Transparent klar und deutlich darauf hin: Was wir heute an der Jugend versäumen, werden wir in wenigen Jahren auch durch noch so viele Sozialarbeiter und Polizisten nicht wieder gutmachen können.

Und das heißt auch: Bildungsausgaben sind Zukunftsinvestitionen und keine lästigen Kosten. Ich finde es ziemlich unerträglich, wenn bei uns immer dann, wenn es um Bildung geht, davon geredet wird, dass diese nicht finanzierbar sei. Andere Staaten sind uns da meilenweit voraus.

Die Gewerkschaften sind bereit, an der Lösung der Probleme mitzuarbeiten. Unsere Politik orientiert sich jedoch nicht an der schnellen Schlagzeile in einer von Sensationen geprägten Mediendemokratie, sondern an den Bedürfnissen der Menschen und an Grundwerten, die uns wichtig und die es immer noch wert sind, erhalten und verteidigt zu werden. Das haben wir in der Vergangenheit bewiesen und daran werden wir auch in Zukunft orientieren.

Wir wissen sehr wohl, dass Veränderungen notwendig sind und dass auch wir uns verändern müssen. Wer die aktuelle Politik des DGB und der Einzelgewerkschaften beobachtet, der erkennt, dass wir zu Reformen bereit sind.

Reformen verdienen diesen Namen aber nur, wenn sie den Menschen dienen und wenn es hinterher besser ist als vorher – daran orientieren wir unser politisches Handeln.

Es ist deshalb viel zu einfach und vor allem böswillige Propaganda, wenn Gewerkschaften als Blockierer und Modernisierungsverhinderer diffamiert werden. Herr Westerwelle hat gestern erklärt, die größten Reformblockierer seien die Gewerkschaften und deshalb müssten sie bekämpft werden.

Ich finde es unanständig, wenn ausgerechnet dieser Mensch, dessen Partei in den letzten 10 Jahren von 140.000 auf gut 60.000 Mitglieder zusammengeschrumpft ist, sich aufspielt, Stimmung gegen uns macht und der Öffentlichkeit suggeriert, die Gewerkschaften würden nicht mehr die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vertreten. Umge-

kehrt wird ein Schuh daraus: Herr Westerwelle muss sich fragen, ob seine Partei überhaupt noch eine gesellschaftlich Basis hat. Von dem üblen Zustand, in dem sich diese Partei in Baden-Württemberg befindet, will ich gar nicht reden.

**Wir stehen** für eine menschliche, gerechte und solidarische Gesellschaft, in der alle unter menschenwürdigen Bedingungen arbeiten und leben können – in Deutschland, Europa und in der ganzen Welt.

**Wir stehen** auch für die europäische Einigung und die internationale Zusammenarbeit. Aber eine europäische Einigung, die sich nur an den Interessen der Unternehmen, aber nicht an sozialen Standards und einer gemeinsamen Beschäftigungspolitik orientiert, lehnen wir ab.

**Wir stehen** für Frieden, Demokratie und Menschenrechte überall auf der Welt, insbesondere dort, wo Krieg, Unterdrückung und Not herrschen.

**Wir stehen** für mehr soziale Gerechtigkeit, für soziale Integration und für ein friedliches Miteinander verschiedener Kulturen.

Dafür werden wir auch in Zukunft eintreten und – wenn es sein muss – auch kämpfen - mit dem Herzen und mit dem Verstand.